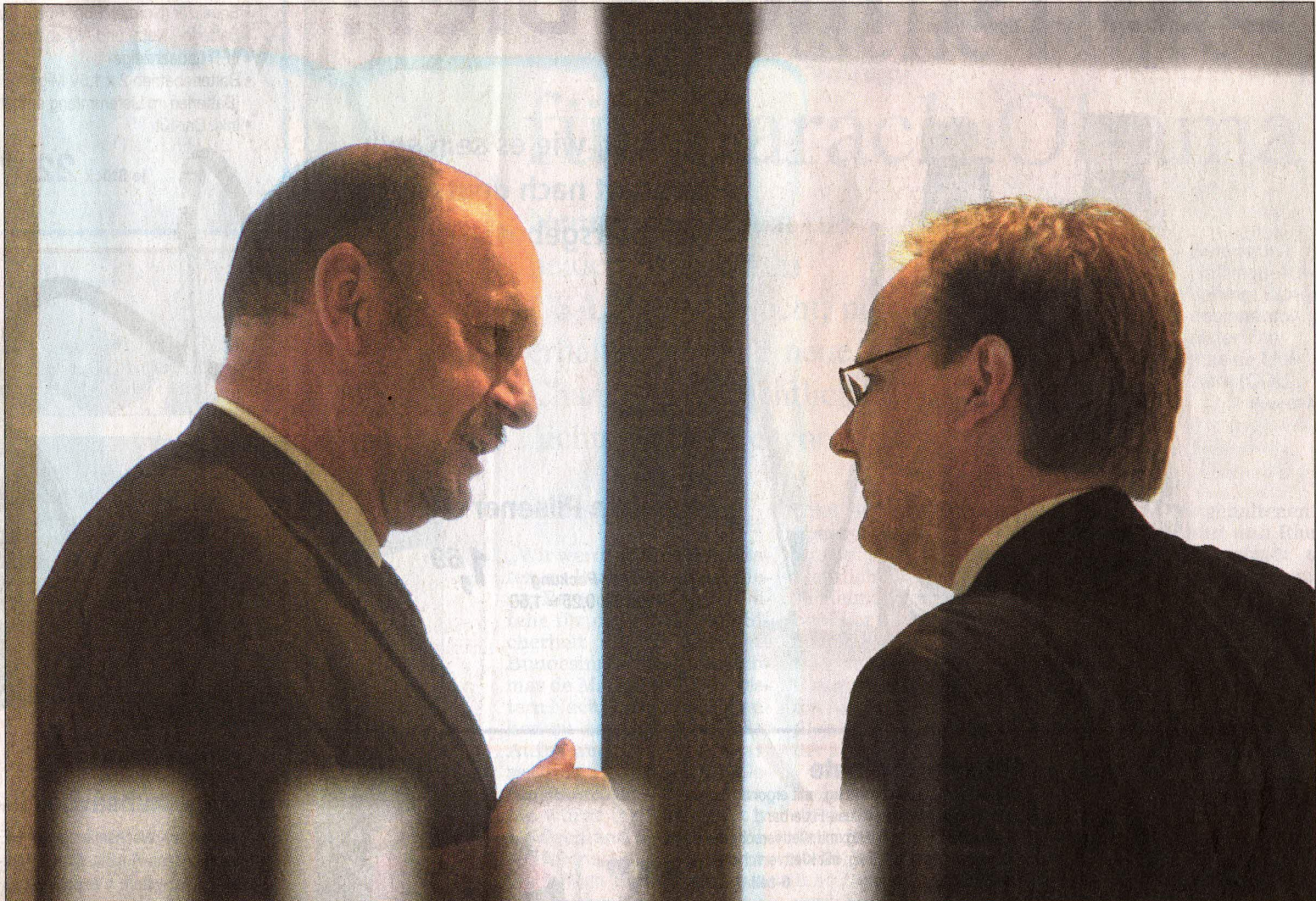


# Die Rebellen bleiben standhaft

Eine Lösung für den Erhalt der Medizin-Uni rückt offenbar immer näher. Die beiden Abweichler in CDU und FDP lassen sich nicht weicklopfen. Sie bekommen sogar Zulauf.

VON WOLFRAM HAMMER

Eigentlich sollte die Uni Lübeck in dieser letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause mal kein Thema sein. Aber wie soll das gehen, angesichts eines solchen Protest-Bebens in einer ganzen Region? Und so debattierten und verhandelten Abgeordnete, Wissenschaftsminister und Ministerpräsident abseits der



Sie bleiben hart: Hartmut Hamerich (CDU, li.) und Gerrit Koch (FDP) gestern im Landtag in Kiel. Beide wollen die Schließung der Medizin-Uni in Lübeck nicht mittragen. Gestern bekamen sie dafür weitere Unterstützung aus ihren Fraktionen.

Fotos: LUTZ ROESSLER

„Ich habe Caletka und in den Fraktionsbüros doch wieder über die Zukunft der Uni der Hansestadt.“

Am Ende des Sitzungstages gestern galt es auf den Fluren des Landeshauses dann als ausgemacht: Im Haushaltsentwurf, den das Kabinett am Dienstag vorlegt, wird die Schließung der Mediziner-Ausbildung nicht mehr enthalten sein.

Wie auch, hat Schwarz-Gelb für diesen Plan doch längst die knappe Mehrheit verloren. Sowohl der Lübecker Liberale Gerrit Koch als auch der Stockelsdorfer CDU-Mann Hartmut Hamerich erklären bereits, dass eine Schließung der Mediziner-Ausbildung mit ihnen nicht zu machen sei. Auch Christdemokrat Niclas Herbst gilt intern als vehementer Kritiker, ebenso seine Fraktionskollegen Werner Kalinka und Susanne Herold. Und gestern stieß noch eine weitere FDP-Abgeordnete zu den Abwehrlern dazu. Die Liberale Anita Klahn bekannte: „Ich unterstütze Gerrit Koch.“ Auch sie werde bei den Haushaltsberatungen mit „nein“ stimmen, sollten die Schließungs-Pläne nicht aufgegeben werden.

Koch selber wurde schon

um kurz vor zehn, noch vor Beginn der Plenarsitzung, von CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher für ein Gespräch zur Seite genommen. Gab es Druck? „Ich gehöre ja nicht zu seinem Machtbereich“, sagt Koch und lächelt. Wolfgang Kubicki steuert an ihm vorbei, wirkt grau und müde, grüßt nur ganz kurz. Was sagt der FDP-Fraktionschef eigentlich zu Kochs Einsatz für die Uni Lübeck? „Nichts“, zischt er nur zurück. Und dann: „Herr Koch ist ein frei gewählter Abgeordneter und an nichts anderes gebunden als an sein Gewissen.“

Hamerich betritt den Saal – gelassen. „Ich kenne niemanden, der Druck auf mich ausüben kann“, hatte er den LN unlängst erklärt und blieb auch gestern seiner Haltung treu. „Ich habe mit Herrn Hamerich ein gutes Gespräch geführt“, sagt von Boetticher nur.

In der ersten Debatte – über die Kommunal Finanzen – nimmt SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner die Regierung wegen der Schließungspläne und den jüngsten Streit zwischen den Universitäten Kiel und Lübeck unter Beschuss. „Wenn sich Kiel und Lübeck streiten, freut sich die

Landesregierung. Das muss anders werden, darüber werden wir hier noch zu reden haben.“ Am Rand des Plenarsaales trifft CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager da gerade auf Rechnungshofchef Aloys Altmann. Altmann saß mit in der Haushaltsstrukturkommission, die die Sparpläne ausgearbeitet hat, hatte die Regierung am Abend zuvor im NDR-Fernsehen aber vor großen „Kollateralschäden“ wegen der Uni-Schließung gewarnt. De Jager ist sauer. Das habe man davon, wenn man den Rechnungshof in eine Kommission rufe, soll

er gesagt haben. Er fuchtel mit einem blauen Schnellhefter vor Altmanns Nase herum, der schüttelt den Kopf. Dann sitzen beide mit versteinerten Mienen auf der Regierungsbank.

Im Foyer macht sich Grünen-Fraktionschef Robert Habeck Luft. Der LN-Bericht vom Morgen, dass die Schließungspläne von der Uni Kiel ausgeheckt worden sind, hat ihn wütend gemacht. „Es geht der Regierung gar nicht ums Sparen. Es geht ihr nur darum, den Standort Lübeck plattzumachen, damit dann das UKSH privatisiert werden kann“, sagt Habeck. Das

spalte das ganze Land. Die Grünen bringen einen Dringlichkeitsantrag ein: Am Freitag soll doch noch über den von der Regierung entfachten Uni-Streit debattiert werden.

In der Lobby erklärt Gerrit Koch vor Fernsehkameras derweil erneut, dass er eine Schließung nicht mittragen werde. Und dass der Sparvorschlag der Uni Grundlage einer Lösung sein müsse. Mittlerweile formuliert auch Ministerpräsident Peter Harry Carstensen viel moderater: „Dieses sind Bausteine, die dazu führen können, zu Lösungen zu kommen.“ Im Wissenschaftsministerium gelte bereits als ausgemacht, dass Lübeck zur Stiftungs-Uni werde, heißt es. Und aus der CDU-Fraktion wird berichtet, es würden noch Verhandlungen mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan über finanzielle Hilfen des Bundes laufen. Finanzminister Schäuble sträube sich noch, man rechne aber übers Wochenende mit Bewegung. Am Nachmittag ruderte dann plötzlich auch de Jager zurück. Eine Lösung bis Dienstag, das sei durchaus realistisch.



Einstimmig: Der Landtag nimmt einen von den Grünen initiierten Dringlichkeitsantrag an. Jetzt soll morgen über den Streit um die Uni Lübeck debattiert werden.



Die Regierungsmannschaft mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (v.r.) und Wissenschaftsminister Jost de Jager (h. l.) rudert in Sachen Uni langsam zurück.